

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Klaus Allerbeck

Arbeitswerte im Wandel

18. Jg./1985

2

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Arbeitswerte im Wandel

Klaus Allerbeck*)

Der Frage des Wandels der Arbeitswerte wird auf eine neuartige Weise nachgegangen. Es ist üblich geworden, Aussagen zum Wertewandel auf Umfragen zu einem Zeitpunkt zu stützen, wobei Unterschiede zwischen Altersgruppen als Zeichen des Wandels angesehen werden. Hier werden zwei vergleichbare Umfragen unter Wahrscheinlichkeitsstichproben von Jugendlichen einander gegenübergestellt. In der zweiten Untersuchung wurden selbstverständlich die gleichen Operationalisierungen verwendet, wie in der früheren Umfrage.

Nach den Ergebnissen dieser vergleichenden Untersuchungen kann von einem erheblichen Rückgang der subjektiven Bedeutung der Arbeit für das eigene Leben nicht die Rede sein. Ein allgemeiner Wandel hin zum Hedonismus wird durch die vorhandenen Daten nicht belegt.

Allerdings hat sich die Zugänglichkeit von Arbeit für Jugendliche im Untersuchungszeitraum 1962-1983 stark verändert. Die Bildungsexpansion hat nicht nur die Zahl der Zertifikate höherer Bildung vermehrt, sondern auch die Rangordnung der Ausbildungsgänge verändert und die unterschiedliche Zugänglichkeit des Arbeitsmarktes für die Geschlechter nicht unberührt gelassen. In den Daten der Untersuchung 1983 wird die Heterogenität des Lehrstellenmarktes offensichtlich, und es wird deutlich, daß die Frage der Übernahme durch den Arbeitgeber nach Abschluß der Ausbildung ein außerordentlich ernstes allgemeines Problem ist.

Verbreitete Behauptungen über den Rückgang der Arbeitsbereitschaft von Jugendlichen gehen an den Tatsachen des Wandels vorbei.

Der „Wertewandel“ ist zu einem geflügelten Wort geworden, um die hauptsächlichsten Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft zu beschreiben. Es verbindet eine neue Form des wissenschaftlichen Klangs mit höchst altmodischen Ideen vom Verfall, von der Faulheit und Arbeits scheu der Jugend usw. Es ist weithin akzeptiert, weil es heute als progressiv gilt, dem „Wertewandel“ als Behauptung nicht zu widersprechen, sondern ihn einfach positiv zu deuten; er wird zu einer Abkehr vom Materialismus der Nachkriegszeit und von sekundären Tugenden und einer Hinwendung zu neuen und höheren Werten umgedeutet.

Betrachtet man die Äußerungen zum „Wertewandel“ näher, so beginnt dieses Konzept einem Omnibus zu ähneln, in dem ein jeder gegen eine ganz geringe Gebühr mitfahren kann. Ein Fahrpreis in Gestalt von Belegen für die eigenen Aussagen wird nicht verlangt. Auch die theoretischen Fragen – was ist sinnvollerweise unter „Werten“ zu verstehen, determinieren sie Verhalten, sollten nicht Normen stärker berücksichtigt werden? – bedürften hier näherer Behandlung; hier soll indes vor allem untersucht werden, welche Art von Datenmaterial erforderlich ist, um solche Aussagen zu stützen, und es werden zu dem Thema „Arbeitswerte von Jugendlichen“ Ergebnisse der Untersuchung „Integrationsbereitschaft der Jugend im sozialen Wandel“ mitgeteilt, die vom Verfasser und Wendy J. Hoag mit Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk seit 1981 durchgeführt wird; aus dieser Studie ergibt sich immerhin eine Perspektive von etwas mehr als zwei Jahrzehnten.

*) Prof. Dr. Klaus Allerbeck ist Hochschullehrer im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/Main. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

¹⁾ In der wissenschaftlichen Diskussion in den USA war der Streit zwischen „Random“ und „Quota“ in der Umfrageforschung seit 1948 entschieden: zugunsten der Wahrscheinlichkeitsstichproben. In Deutschland hat sich das Quotenverfahren hingegen gehalten – aus Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen. Eine wesentliche Grundlage ist ein Trugschluß: man meint, wenn man nur in den richtigen Anteilen Männer und Frauen, Katholiken und Protestanten, usw. habe, sei die Bevölkerung richtig abgebildet. Der Irrtum hierbei ist, daß sich Aussagen eben nicht auf diese Variablen, sondern auf das interessierende Merkmal beziehen sollen. Dessen Verteilung aber ist regelmäßig unbekannt- sonst würde ja die Umfrage nicht unternommen.

Methodische Anforderungen

Für Aussagen über Wandel wird eine einfach definierbare Grundlage benötigt: Daten von mehr als einem Zeitpunkt, die verglichen werden können. Mangels derartiger Daten gliedern Demoskopien gern Untersuchungen zu nur einem Zeitpunkt nach Alter auf, entdecken Unterschiede zwischen den Altersgruppen und erklären diese Meinungsunterschiede zwischen jung und alt zum Beweis für „Wertewandel“. Dies wäre zulässig, wenn mit zunehmendem Lebensalter keine Meinungsänderung verbunden wäre, aber das kann nicht ausgeschlossen werden. Im Bereich der Politik werden häufig Sätze wie „wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz, wer mit 40 noch Sozialist ist, hat keinen Verstand“ zitiert; für den Bereich der Moral ließe sich ein Sprichwort erwähnen, das Albert Einstein vor einem halben Jahrhundert einmal zitierte („Junge Huren, alte Betschwestern“), weiteres ließe sich anführen. Es geht nicht darum, ob diese zitierten Aussagen richtig sind oder nicht. Wichtig ist vielmehr, daß auch Demoskopien nicht ohne weiteres behaupten dürfen, Meinungsunterschiede zwischen Altersgruppen zu einem Zeitpunkt seien ein Beweis für Wandel.

Manchmal kommt es vor, daß Demoskopien tatsächlich Umfragedaten zu mehreren Zeitpunkten mitteilen. Im Prinzip wäre ein solches Vorgehen geeignet, etwa zu belegen, daß unsere Äußerungen im Zeitablauf „proletarischer“ (oder was auch immer) werden. Dies setzt voraus, daß der einzige Unterschied zwischen den Erhebungen ihr Zeitpunkt ist. Davon kann aber bei dem bisher vorgelegten Material nicht die Rede sein; es gibt die sehr plausible rivalisierende Hypothese, die nicht ausgeschlossen werden kann, daß die „Stichproben“ sich erheblich unterscheiden. Dies ist ein etwas technischer, aber sehr wichtiger Punkt.

Die Demoskopien ermitteln ihre Zielpersonen mittels des „Quotenverfahrens“.¹⁾ Dies bedeutet, daß die Interviewer vom Institut vorgegebene Personenkategorien mit Sollzahlen erhalten („2 männl. katholische Arbeiter über 40, 1 protestantische Hausfrau unter 39“ usw.) Interviewer können die Quoten nur erfüllen, wenn sie ausreichende soziale

Intelligenz besitzen; es ist nicht vorstellbar, daß sie die Mehrzahl ihrer Interviews nicht innerhalb ihres erweiterten Bekanntenkreises durchführen. Dies ist gleichgeblieben, nur hat sich die Zusammensetzung der Interviewerstäbe aller Institute im Lauf der Zeit geändert.

Als Geld noch sehr knapp war, war die Tätigkeit des Interviewers vor allem als eine zusätzliche Einkommensquelle attraktiv; infolge der Wirtschaftsentwicklung steht heute als Motivation vieler Interviewer „Kontakt mit Menschen“ im Vordergrund. Hieraus ergibt sich, daß die Zusammensetzung der durchweg nebenberuflichen Interviewerstäbe sich sozial in Richtung Mittelschicht und obere Mittelschicht verschoben hat. Die Prozesse der Interviewerrekutierung fallen in die Intimsphäre der Institute, und so ist dies eine nicht hinreichend belegte Behauptung. Nur: aus dieser Überlegung folgt, daß eine Quotenumfrage 1980 hinsichtlich sozialer Schicht auf einer anderen Stufe der Skala stattfindet als 1960: nicht weil die Realität sich geändert hat, sondern weil die Interviewerstäbe sich geändert haben. Die Abwesenheit von Daten über Interviewerrekutierung eines demoskopischen Instituts ist kein Beleg dafür, daß sich hier nichts verändert hat.

Demoskopische Klagen über die fehlende Arbeitsbereitschaft der Deutschen heute sind auf anderes Beweismaterial verfallen: internationale Vergleiche von Umfragedaten. Internationale Vergleiche sind wichtig, aber man darf nur Vergleichbares vergleichen. Die methodische Literatur der Sozialforschung hat sich dieses Problems längst angenommen, und sie ist sich in einem Punkt einig: Vergleiche der Lage von Antwortverteilungen in verschiedenen Ländern sind meist unsinnig.

Das Problem illustriert trefflich eine Anekdote, die der Ökonom Albert O. Hirschmann einmal berichtete: Zwei deutsche Emigranten treffen sich in den dreißiger Jahren in Manhattan. Fragt der eine: „Are you happy here?“. Der andere antwortet: „I am happy. Aber glücklich bin ich nicht.“ Übersetzt in Prozentsätze: gewiß wird eine Umfrage ergeben, daß die Amerikaner viel glücklicher sind als die Deutschen. Doch dies mag auch nur deswegen so erscheinen, weil „glücklich“ eine Art Steigerungsform von „happy“ ist. Solche Prozentwerte lassen sich nicht sinnvoll zwischen Ländern vergleichen.

Probleme dieser Art machen das demoskopische „Beweismaterial“ über die Länderunterschiede, aus denen die Bedrohlichkeit der deutschen Abkehr von der Arbeitsmoral hergeleitet wird, nutzlos und überflüssig. Allerdings: durch methodische Kritik demoskopischer Geschichtsforschung gewinnen wir keine zusätzlichen Einsichten. Erforderlich sind Daten, die Aussagen über die Entwicklung erlauben.

„Gehört Arbeit noch zum erfüllten Leben?“

Unter den kritischen Äußerungen zur jungen Generation sind diejenigen am häufigsten, die sich auf ihr Verhältnis zur Arbeit beziehen. Es fehle ihr die Leistungsbereitschaft (anders gesagt: sie sei faul) und der Arbeitswille früherer Generationen. (Kaum ein Wort der „Jugendsprache“ ist so wahrgenommen worden wie „NullBock“.) Und daß dies die Entwicklung ist, scheint kaum strittig. Wer sich als progressiv versteht, bestreitet nicht die tatsächliche Entwicklung der Abkehr von den alten Arbeitswerten und der Leistungsethik, sondern nur, daß diese Entwicklung negativ sei, weist vielleicht darauf hin, wie hilfreich der Hedonismus für die „Selbstfindung“ sei – kurz, strittig sind nicht die Tatsachen,

sondern es wird darüber diskutiert, ob diese gut oder schlecht seien.

Sozialforscher hatten auch 1962 bedauerlicherweise nicht die Gabe der Prophetie: Sie konnten den Wortlaut der Fragen, mit denen man zwei Jahrzehnte später nach „Arbeitswerten“ fragen würde, nicht errahnen. Aber sie fragten damals nach der Bedeutung der Arbeit für das eigene Leben. Vier verschiedene Aussagen wurden vorgelegt, und die Jugendlichen hatten 1962 zu wählen, zwischen „nur durch Arbeit wird man wirklich glücklich“ und „auch ohne Arbeit könnte man ein glückliches Leben führen“ (sowie zwei Zwischenstufen).

„Auch ohne Arbeit könnte man ein glückliches Leben führen“: 1962 meinten dies 6,1%. In den folgenden 20 Jahren ist dieser Anteil tatsächlich gewachsen: auf 8,3% – also eine Zunahme der „reinen Hedonisten“ um 2,2%. Daß man „nur durch Arbeit wirklich glücklich wird“: 1962 sagten dies 13,1%. 20 Jahre später sagen das nur 4% – ein Rückgang des Anteils der ganz Arbeitsorientierten um 9%.

Für Jugendliche heute ist demnach die Arbeit etwas weniger wichtig als für die Gleichaltrigen 1962; aber dieser Rückgang ist nicht so groß, daß man ernsthaft von einer dramatischen Veränderung der Arbeitsorientierung sprechen könnte. Überdies wäre eine solche Behauptung ziemlich platt; sie würde auch nicht berücksichtigen, daß sich die Arbeitsorientierung der Geschlechter im Gegensinne entwickelt hat. Denn tendenziell hat ja die Bedeutung der Arbeit für Mädchen relativ zugenommen (Tab. 1), während der Rückgang etwas stärker erschiene, wenn man ausschließlich die Antworten der Jungen vergliche.

Aber wie kommt es dann zu den allgemeinen Behauptungen? Gibt es denn „NullBock“ etwa nicht? Und wer hätte schon vor 20 Jahren von Bocklosigkeit gehört (zumal es dieses Wort nicht gab)? Die Idee, die fehlende eigene Motivation einfach bekanntzugeben, wäre damals den meisten Jugendlichen nicht gekommen. Aber heißt das, daß die Lehrlinge damals begeistert arbeiteten, die Schüler voller Freude ihre Hausaufgaben machten? Wenn das so wäre,

Tabelle 1: Jeder Mensch hat seine eigene Auffassung darüber, was die Arbeit für sein Leben bedeutet. Können Sie mir sagen, welche von diesen Ansichten Ihrer Auffassung von der Arbeit am nächsten kommt?

	1962		1983	
	M	W	M	W
Auch ohne Arbeit könnte man ein glückliches Leben führen	4,0	8,5	8,6	8,2
Etwas Arbeit gehört mit zu einem glücklichen Leben	29,5	48,2	43,0	56,4
Ohne Arbeit ist ein glückliches Leben kaum möglich	50,4	33,4	43,2	32,6
Nur durch Arbeit wird man wirklich glücklich	16,1	9,9	5,2	2,8
Gesamt %	100,0	100,0	100,0	100,0
N	454	413	805	706

trägt die Erinnerung der Autoren und aller Generationsgenossen, mit denen wir über dies Thema sprachen. Der Unterschied ist einfach der: Damals war es nicht erlaubt, die Nicht-Erledigung von Hausaufgaben mit fehlendem Bock, Motivation usw. zu begründen; statt dessen erfanden Schüler Entschuldigungen, die mehr oder weniger plausibel waren. Von fehlender Lust zu sprechen, hätte sich damals kaum jemand getraut; es war noch nicht üblich, von sich selbst zu sprechen wie von einem allenfalls beobachtbaren, aber nicht zu beeinflussenden Naturereignis. Daß Jugendliche manchmal keine Lust zur Arbeit haben, ist an sich nicht neu und schon gar kein Weltereignis, neu ist, daß es möglich geworden ist, die Lustlosigkeit ganz unverblümt in Worte zu kleiden. Dies ist eine Änderung der Normen, kein Wertewandel.

Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt wirkt

„Arbeitswerte“ existierten nicht allein und ausschließlich; man darf neben den Werten nicht die „Gelegenheitsstrukturen“ außer acht lassen. Gerade beim Thema „Arbeit“ wäre es sträflich, die Struktur der Gelegenheiten zu übersehen und allein mit Änderung der Werte das erklären zu wollen, was als Veränderung erscheint. Unsere Untersuchung enthält, obwohl ihr ursprünglicher Schwerpunkt nicht die Veränderung des Arbeitsmarktes für Jugendliche war, eine erhebliche Zahl von Hinweisen und Belegen zu Veränderungen, die wichtig, aber nicht die Folge von Änderungen der Werte sind.

Wenn heute von den Zukunftsaussichten der jungen Generation die Rede ist, wird meist an zu knappe Ausbildungsplätze, unsichere Berufsaussichten und den Numerus clausus gedacht. Die Schwierigkeiten, einen aussichtsreichen Beruf bzw. Arbeitsplatz zu finden, tauchen in unseren Umfragedaten nahezu allenthalben auf. Nicht, daß über die Zukunftsaussichten dieser Generation von Jugendlichen lamentiert würde: daß sie schlecht sind, wird in den meisten Gesprächen und Fragebogen als bekannt vorausgesetzt. Der Sachverhalt scheint vielfach auf: in den zahlreich geschriebenen Bewerbungen um Lehrstellen, der nicht sehr ausgeprägten Zuversicht der Azubis, am Ende ihrer Lehrzeit übernommen zu werden, und auch in den Begründungen der Berufswahl, wo Sicherheit, Zukunftsaussichten usw. als Motiv genannt werden. Doch gerade die Motive, die genannt werden, darf man nicht ohne weiteres für bare Münze nehmen; das gilt sowohl für Schüler, die die Zukunftschancen ihres Berufswunsches hervorheben, als auch für Berufstätige, die als Motiv für die Wahl ihres allgemein als wenig angesehen geltenden Berufs äußern: „Er macht mir Spaß“. Uns fielen gleich mehrere Begründungen für einen Beruf bzw. ein Studienfach auf, die zunächst ausführlich Zukunftschancen, Sicherheit usw. des künftigen Berufs hervorheben, mit dem Zusatz: „... und außerdem macht er mir Spaß!“ Vielleicht ist heute „Spaß“ an einem Beruf, psychologisch gesprochen „intrinsische Motivation“ zu einem Beruf, gar keine legitime Begründung, einen bestimmten Beruf anzustreben, wo doch allenthalben die Gefahren der Zukunft beschworen und die Notwendigkeit von Sicherheit betont wird? Und umgekehrt darf man als ungelernete Hilfskraft aus Gründen der Selbstachtung nicht sagen, daß man keine andere Wahl hatte? Bei vielen der Motive, die Befragte uns nannten, könnte ein gut Teil „Motivmaskierung“ im Spiel sein. Dies zu untersuchen, geht sehr in die Details der Erforschung von Berufswahlen und Berufsverläufen hinein; es verlangt gewiß mehr Betonung

dieses Themenkreises, als unsere Untersuchung dies vorhatte. Gerade hier aber scheint der Vergleich, besonders der Vergleich über Zeit, aussichtsreich.

In jedem Fall ist die Erinnerung daran nützlich, daß kaum mehr als zwei Jahrzehnte bevor nahezu alle Berufe für „überlaufen“ und wenig zukunftsträchtig erklärt waren, in der Bundesrepublik Deutschland eine drohende „Bildungskatastrophe“ beschworen wurde und eine Bildungsexpansion begann, deren Geschwindigkeit und Ausmaß einzigartig waren; deren Folgen sind für die heutige junge Generation die Gegebenheiten der Gegenwart, kein Gegenstand von Diskussionen.

So ist es gerade bei diesem Thema besonders hilfreich, die Situation dieser jungen Generation mit früheren Generationen zu vergleichen. Denn erst in diesem Vergleich werden die spezifischen Probleme dieser Generation erkennbar. Aber in diesem Fall ist der Vergleich nicht einfach, da sich die Bedeutung vieler als fest geltender „Laufbahnen“ verändert hat.

Bildungsexpansion und Chancengleichheit

Die Beziehung der Jugendlichen zur „Arbeit“ hat sich in den beiden Jahrzehnten durch die Expansion des Bildungswesens entscheidend verändert. Während 1962 die 18jährigen großenteils Erwerbstätige mit abgeschlossener Lehre waren, ist heute auch die Mehrheit der 18jährigen noch nicht voll berufstätig. Ein einfacher Vergleich von Schülern 1962 mit Schülern 1983 und Lehrlingen 1962 mit Lehrlingen 1983 würde also das wesentlichste Moment des Wandels zwischen den zwei Zeitpunkten übersehen: die weitgehende Veränderung der Zusammensetzung dieser Altersgruppe der 16 – 18jährigen hinsichtlich der Tätigkeitskategorien. Und durch die anderen Häufigkeiten haben sich auch die Bedeutungen der Kategorien verändert. 1983 umfaßt diese Altersgruppe wesentlich mehr Schüler; die Erwerbstätigen, die 1962 einen beträchtlichen Anteil ausmachten, sind jetzt selten geworden. Und „erwerbstätig“ bedeutet heute in dieser Altersgruppe etwas anderes: Während es damals meistens bedeutete, mit abgeschlossener Lehre tätig zu sein, sind es heute vielfach Ungelernte. Zusammenfassend drückt sich dies in den Antworten auf die Frage nach dem eigenen Einkommen aus, bei der der Anteil der Befragten mit eigenem Einkommen von 76% auf 50% zurückgegangen ist.

Wenn man das Jugendalter so definiert, wie dies in der Jugendsoziologie weitgehend konsensual ist, dann hat eine erhebliche Ausdehnung des Jugendalters in diesen 20 Jahren stattgefunden. Dies ist natürlich eine Folge der Bildungsexpansion, die bewirkte, daß mehr junge Menschen weiterführende Schulen besuchten und gleichzeitig diejenigen, die nicht in weiterführende Schulen gingen, die Pflichtschulen länger besuchten. Dies ist natürlich wohlbekannt; es hätte unserer Untersuchung nicht bedurft, um diesen Sachverhalt sichtbar zu machen. Aber es wäre töricht, diesen bedeutsamen Aspekt hier einfach zu unterschlagen, weil er nicht originell ist. Er hat für die Generationsbeziehungen die wichtige Konsequenz, daß vielfach die schulische Bildung der Jugendlichen höher ist als die ihrer Eltern, und daß auch ihre beruflichen Erwartungen dementsprechend über das erheblich hinausgehen, was ihre Eltern beruflich erreicht haben. Für die Beziehungen der Generationen kann dies nicht folgenlos bleiben.

Chancengleichheit der Geschlechter

Wenn man die Benachteiligung des weiblichen Geschlechts untersucht, ist es Tradition, keine weiteren Unterscheidungen zu machen; das war auch in der Bildungssoziologie der Brauch. Doch das erste Ergebnis unserer Datenanalyse zeigt, daß es sinnlos ist, eine allgemeine Frage nach der Benachteiligung von Mädchen allgemein zu beantworten; es ist offensichtlich, daß sich Art und Ausmaß der Benachteiligung von Mädchen zwischen den sozialen Schichten erheblich unterscheiden. So ist die relative Benachteiligung der Mädchen 1962 je nach Schulabschluß des Vaters recht verschieden – je nach Schicht stellt sich die Frage, ob überhaupt von Benachteiligung gesprochen werden kann.

1962 gilt: die Benachteiligung der Mädchen ist nur am oberen Ende der Schichtskala eine Tatsache. Nur die Hälfte (53%) der Töchter von Vätern, die selbst Abitur oder einen Universitätsabschluß besitzen, streben Abitur oder Universitätsbildung an (Söhne: 67%). Für „höhere Töchter“ erschien Eltern eine höhere Bildung entbehrlich. Die Benachteiligung der Töchter scheint allerdings beschränkt auf die „gebildeten Stände“. In den anderen Schichten sind Mädchen damals hinsichtlich angestrebter Bildung eher bevorzugt: So streben z. B. 26% der weiblichen Befragten, jedoch nur 18% der männlichen Befragten, deren Väter mehr als einen Hauptschulabschluß aber weniger als Abitur vorweisen können, einen Abschluß mit Abitur oder Studium an. Auch wenn der Vater höchstens die Hauptschule besucht hat, haben Mädchen etwas bessere Bildungschancen als Jungen.

Dies bedeutet auch, daß die Schichtabhängigkeit der Bildungschancen für männliche und weibliche Jugendliche 1962 unterschiedlich ist. Die Abhängigkeit der Schullaufbahn des Kindes vom Schulabschluß des Vaters war damals für männliche Jugendliche noch etwas stärker als für weibliche Jugendliche.²⁾

Was ist nun 1983 nach Reformpolitik und Bildungsexpansion anders? Die Mädchen haben die Jungen anscheinend überholt: Mehr weibliche (42%) als männliche (37%) Jugendliche streben Abitur oder einen Universitätsabschluß an. Nur den Hauptschulabschluß haben 34,5% der männlichen Jugendlichen – aber nur 23% der weiblichen Befragten. Allgemein gilt also jetzt, daß Mädchen eine bessere – jedenfalls höherwertige – Bildung bekommen als Jungen. Von Bildungsbenachteiligung der Mädchen – zumindest scheinbar – kann heute keine Rede mehr sein.

Es ist offenbar sinnvoll, diese Entwicklung auch getrennt nach sozialen Schichten zu betrachten. Nur 32% der Töchter, deren Väter bestenfalls die Hauptschule beendet haben, haben nur den Hauptschulabschluß – gegenüber 46% der Söhne. Hier ist das Ziel meistens die mittlere Reife: 41% der Töchter von Hauptschulabsolventen, dagegen nur 31% der Söhne gehören in die mittlere Kategorie.

72% der Töchter von Vätern, die kein Abitur, jedoch mehr als Hauptschulabschluß haben, streben Abitur oder ein Universitätsstudium an (bei vergleichbaren männlichen Befragten sind es 61,5%). Die Expansion des Bildungswesens wird also in der Mittelschicht am deutlichsten. Hier bleibt der Vorsprung weiblicher Jugendlicher aufrechterhalten.

Die größte relative Verbesserung der Bildungschancen für

²⁾ Der Korrelationskoeffizient Gamma betrug 1962 für männliche Jugendliche 0,8, für weibliche dagegen 0,73. 1983 ist gamma für männliche Jugendliche 0,66, für weibliche 0,73.

Mädchen fand in den zwei Jahrzehnten in den oberen sozialen Schichten statt. Unter den Befragten, deren Väter mindestens Abitur haben, schneiden weibliche Jugendliche 1983 sogar besser ab als männliche. 84% (1962: 53%) der weiblichen, dagegen nur 77% (1962: 67%) der männlichen Jugendlichen dieser Gruppe streben mindestens Abitur an. Hier haben also die Mädchen die 1962 gegebene Benachteiligung voll aufgeholt und jetzt sogar die entsprechenden Anteile männlicher Jugendlicher übertroffen. (Wenn man überlegt, wie sich dies auf Maße der Ungleichheit der sozialen Schichten auswirken muß, sieht man leicht, daß bei der hier gegebenen Lage der Ausgleich der Benachteiligung des weiblichen Geschlechts einem Abbau der Ungleichheit der sozialen Schichten tendenziell im Wege steht bzw. diesen erschwert).

Ob sich diese bessere Bildung der Mädchen bei der Arbeitsplatzsuche gegenüber männlichen Konkurrenten mit niedrigerer Bildung positiv auswirken wird, dazu wollen wir hier keine Prognose wagen. Unter den männlichen Lehrlingen sind relativ weniger Befragte (33%), die mehr als einen Hauptschulabschluß vorweisen können, als unter den weiblichen Lehrlingen (46%) – ob dies eine neue Entwicklung ist, neue Wirkungen haben kann oder nur die Arbeitsteilung der Geschlechter bei der Wahl des Ausbildungsberufs zeigt, läßt sich noch nicht sagen.

Die Bedeutung der Bildung ändert sich

Die Gründe für den allgemeinen „Bildungsaufstieg“ weiblicher Jugendlicher sind nicht offensichtlich. Die Zunahme des materiellen Wohlstandes der Eltern ist die Voraussetzung dafür, daß sie sich eine verlängerte Schulbildung aller ihrer Kinder überhaupt leisten können. Regelungen wie Bafög haben ebenfalls zur Unterstützung dieser Entwicklung beigetragen. Aber wieso wurden weibliche Jugendliche mehr gefördert als männliche? Deutet sich hier die Gleichberechtigung der Frauen an, ja wird sie kompensatorisch im Bildungswesen durchgesetzt? Zumindest was Bildung als Kapital für eine spätere Berufslaufbahn betrifft, ist dies zweifelhaft.

Durch die Bildungsexpansion („Inflationierung der Zertifikate“) hat Bildung an Wert für den Arbeitsmarkt verloren. Bildungspatente garantieren zunehmend weniger Berufschancen. Während die Bildungspolitik darüber noch disputieren, ist dies längst Teil des öffentlichen Bewußtseins geworden. Da es an Verlaufsdaten ebenso fehlt wie an Angaben zu den wirklichen Präferenzen der Absolventen, kann niemand sagen, in welchem Umfang ein Universitätsstudium z. B. heute als „zweite Wahl“ angesehen wird, das aufgenommen wird, wenn man (oder frau) für die strengeren Anforderungen etwa von Kreissparkasse, Versicherung oder Großbank nicht gut genug ist. Daß ein Studium aber in beträchtlichem Umfang heute „zweite Wahl“ ist, kann gar nicht mehr strittig sein – zu zahlreich sind die entsprechenden Belege.

Ob die Rangordnung der Schulabschlüsse sich hierdurch ändert – und ob das gleichermaßen für alle Schichten gilt, oder möglicherweise gerade für diejenigen sozialen Schichten, deren Nähe zur höheren Bildung durch die expansive Bildungspolitik gerade gefördert werden sollte, geht weit über das hinaus, was sich mit den Daten des hier benutzten Typs sagen läßt.

Diese Tendenzen könnten jedoch den weiblichen Vorsprung im Bildungswesen zumindest teilweise erklären. Hierdurch

mag als Gewinn der Mädchen erscheinen, was real doch ein Rückzug männlicher Jugendlicher infolge der Ungewisser gewordenen Berufsaussichten gehobener Bildungspatente ist. Dieser Rückzug wäre der Bildungsexpansionstendenz entgegengerichtet. Dieses Streben nach beruflicher Sicherheit (sobald wie möglich einen festen Arbeitsplatz statt höherer Bildung mit Ungewissen Aussichten) für männliche Jugendliche und die geringere Bedeutung dieses Aspekts für weibliche Jugendliche bzw. deren Eltern (vielleicht heißt es heute schon: „Mach ruhig das Abitur – du heiratest ja doch“ ? – während die Aussicht auf künftige Heirat früher das „Argument“ gegen eine weiterführende Bildung für Mädchen war) könnten die ins Auge fallende Verbesserung der formalen Bildungschancen weiblicher Jugendlicher erklären helfen.

Ob die bessere Bildung für Mädchen sich als eine Verbesserung ihrer Lebenschancen darstellen wird oder als eine Benachteiligung in neuer Form, weil die zahlreicher gewordenen Bildungszertifikate weniger wert sind als früher, darüber können wir allenfalls spekulieren; letztlich wird der künftige Arbeitsmarkt darüber entscheiden.

Mehr Schüler – mehr Frust

Wenige Bereiche unserer Gesellschaft haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten so sehr geändert wie das Schulwesen. Teils sind es planvolle Veränderungen – der Ausbau, andere Lehrpläne (oder vielmehr Curricula), ein neues Vokabular (nicht immer neue Fremdworte – das damals nicht übliche Wort „Lernziele“ zeigt, daß neue Vorstellungen eingeführt wurden, wie hier z. B. die Explikation von Zielen, wo zuvor traditionalistisch einfach ohne entsprechende Angabe gelehrt und gelernt wurde), um nur ein paar offensichtliche zu nennen; teils sind es nicht so offenskundige wie die Änderung des Altersaufbaus des Lehrkörpers (wobei nicht nur das Alter eine Rolle spielt, sondern auch die Generationszugehörigkeit: diejenigen, die in den späten sechziger Jahren Studenten waren, stellen heute und für vorhersehbare Zeit einen Großteil der Lehrer in den Schulen). Unsere Daten erfassen nur einen kleinen Ausschnitt dieser Veränderungen.

Weder zu den Veränderungen der Organisation noch der Inhalte kann eine Umfrage wie die unsere viel sagen. Sie kann jedoch auf andere wichtige Veränderungen und Kontinuitäten hinweisen. Das ist vielleicht um so wichtiger, als das deutsche Schulwesen gegenüber unabhängiger Forschung nahezu hermetisch abgeschottet ist, so daß unser Wissen über die Entwicklungen in ihm höchst begrenzt ist (wir würden gern wissen, ob die Schüler heute mehr leisten, wissen, können usw. als vor zwei Jahrzehnten; aber brauchbare Daten gibt es nicht).³⁾

Heute gibt es viel mehr Schüler als vor 20 Jahren; und sie sind sehr viel unzufriedener mit der Schule als ihre Vorgänger vor 20 Jahren. Der Anteil derjenigen, die gern oder sehr gern zur Schule gehen, ging von 75% auf 43% zurück. Ein

Rückgang um 32% – diese Größenordnung ist selten. Die Prozentzahlen sagen nicht, worauf diese enorme Zunahme der Schulunlust zurückzuführen ist. Eins läßt sich jedoch sagen: Ursache ist nicht allein die Schule.

Dies zeigt ein Vergleich von Teilgruppen. Ein Teil dieses Rückgangs der Schulzufriedenheit erklärt sich so: früher (1962) sagten Schülerinnen überwiegend, sie gingen „sehr gern“ (32,6%) oder „gern“ (47,8%) zur Schule; jetzt (1983) sind es nur noch 5,8% (sehr gern) und 37,9% (gern) der Schülerinnen, die sich so äußern. 1962 sagten Schülerinnen öfter als Schüler, sie gingen gern oder sehr gern zur Schule; 1983 gibt es so gut wie keinen Unterschied mehr zwischen Schülerinnen und Schülern, was das „gern zur Schule gehen“ betrifft. (Eine etwas spekulative Frage drängt sich auf: Könnte das vielleicht damit zusammenhängen, daß die Benachteiligung der Mädchen abgebaut wurde: früher „durften“ Mädchen weiterführende Schulen besuchen, während jetzt aus dem Privileg eine Art neuer Pflicht wurde?).

Die Schule wurde 1962 überwiegend nicht als gerechte Institution wahrgenommen, und die Einschätzung der Schule als gerechte Institution ist noch weiter zurückgegangen. Stimmten 1962 immerhin noch 36% der Ansicht zu, daß die Lehrer gerecht seien, so hat dies 1983 auf 14% abgenommen. Die Aussagen über die Häufigkeit von Ungerechtigkeiten unterscheiden sich jedoch nicht zwischen den beiden Zeitpunkten. Auch hier muß der Grund nicht nur in den Schulen liegen, sondern es können Veränderungen in anderen Bereichen eine Rolle spielen, die sich auf die Schule auswirken, wie der Numerus clausus. Wer 1962 in Zukunft studieren wollte, brauchte sich um seine Zensuren wenig zu sorgen, solange er (oder sie) nur versetzt wurde; eine vitale Bedeutung für seine (oder ihre) Zukunft hatten Noten nicht. Der Nc (und der Arbeitsmarkt) führt dazu, daß Schulnoten heute eine Bedeutung haben wie nie zuvor; und mit der Zunahme der Wichtigkeit von Zensuren erscheint heute das Lehrerverhalten als weniger gerecht, weil es heute viel höhere Ansprüchen genügen muß.

Eine Generation früher war für die Mehrheit jedenfalls der Jungen, die ein Gymnasium besuchten, klar, daß hieran der Besuch einer Universität sich anschloß. Die Studienabsichten der Gymnasiastinnen waren 1962 nicht so häufig (da die Fallzahlen klein sind, sind hier anstelle der Prozentzahlen nur die Größenordnungen zu interpretieren). Heute geben auf die Frage nach dem voraussichtlichen Abschluß doppelt so viele männliche Befragte „Abitur“ (37,8%) wie „Universität“ (16,5%) an. Bei den Mädchen ist dies noch drastischer: die Angaben „Abitur“ machen das Vierfache der Angabe „Universität“ aus (42% zu 9,5%; Basis alle Schüler).

Ob sich hier geänderte Absichten zeigen? Oder bedeutet dies nur, daß die Unsicherheit, einen Studienplatz zu erhalten, als so groß gilt, daß man dies Ziel nicht angibt? Auch wenn es offen ist, was dies hinsichtlich des späteren Verhaltens bedeutet, die Verteilung der Antworten zeigt eine massive Verunsicherung der Schüler. Heute bedeutet der Besuch einer höheren Schule vor allem nichts ganz Bestimmtes mehr; wohin „weiterführende Schulen“ eigentlich führen, ist denen, die sie besuchen, nicht klar. Das heißt nicht, daß die Schüler sich über ihre eigenen Ziele nicht klar wären – im Gegenteil, aus vielen Einzelangaben in den Fragebogen und Wiederholungsbefragungen ergibt sich, daß viele von ihnen sehr genau wissen, was sie vorhaben; aber dies ist eine individuelle Klarheit – der Besuch einer bestimmten Schule aber bedeutet nicht selbstverständlich einen bestimmten weiteren Weg.

³⁾ Offenkundig geben Zensuren über die Entwicklung der Leistungen nur sehr begrenzt Auskunft, wenn sich die Maßstäbe verändern. Angesichts der heutigen Klagen über die Leistungen und Fähigkeiten von Schülern und Abiturienten mag es von Interesse sein, als pars pro toto eine Überschrift aus der von uns unternommenen Medienanalyse für den Erhebungszeitraum 1962 zu zitieren: „Sie schreiben holprig und wissen wenig. Wie ein Universitätsprofessor die heutigen Studenten sieht“ – so im „Mannheimer Morgen“, 14. 9. 1962.

Berufsbildung

Auch im Bereich der Berufsausbildung fanden im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte wichtige Veränderungen statt. Die an feudale Zeiten erinnernde Tradition in der Berufsausbildung sollte in vielfacher Hinsicht modernisiert werden. Dies fand auch schon ganz äußerlich seinen Ausdruck in den Bezeichnungen; aus Lehrlingen wurden „Azubis“ (bei unseren qualitativen Erhebungen wurde deutlich, daß keine einzelne neue Bezeichnung eindeutig an die Stelle des Lehrlings getreten ist). Umfragedaten sind gewiß ungeeignet, um allzuviel über die Inhalte der Berufsausbildung auszusagen; dazu sind die Ausbildungsberufe zu zahlreich und die Zahlen der Personen einer bestimmten Berufsausbildung zu klein. Globale Aussagen sind jedoch mit Daten, wie wir sie haben, durchaus möglich und keineswegs ohne Interesse.

Die Lehrlinge wurden gefragt, ob die Ausbildung ihren Vorstellungen entspreche oder ob „manches anders sein könnte“; als den Vorstellungen entsprechend antworteten 1962 64,7%, 1983 57,8% – ein leichter Rückgang der Zufriedenheit mit der Ausbildung also – bei den weiblichen Lehrlingen ist der Rückgang etwas stärker (10% gegenüber 5% bei männlichen Azubis). Die Azubis des Jahrs 1983 fühlen sich genauso gut behandelt wie die Lehrlinge des Jahrs 1962: 9 von 10 bezeichnen ihre Behandlung in der Firma als gut.

Erheblicher sind die Veränderungen bei der Lohnzufriedenheit. Die Frage lautete: „Werden Sie in Ihrem Betrieb Ihrer Leistung entsprechend bezahlt?“ 1962 wurde das von drei Vierteln bejaht, 1983 von 59% – schon ein klarer Rückgang. Aber dies ist der Wert für Lehrlinge und Berufstätige zusammen. Der Rückgang ist jedoch vor allem ein Rückgang bei den Auszubildenden. 1962 unterscheiden sich Berufstätige und Lehrlinge in der Lohnzufriedenheit nur geringfügig; 1983 sind dagegen die Lehrlinge wesentlich unzufriedener mit dem Lohn als die Berufstätigen.

Hier ist festzuhalten, daß bei den Lehrlingen, verglichen mit den Schülern, von einem allgemeinen Rückgang von Arbeitslust und Leistungsbereitschaft nicht die Rede sein kann. An dieser Stelle wollen wir die denkbaren Ursachen nicht erörtern – wir kommen weiter unten darauf zurück.

Berufswahl und der Wert der Arbeit

Wenn Jugendliche keine Lehrstellen finden, werden in der Öffentlichkeit gern die Jugendlichen selbst zu den Schuldigen erklärt: die Jugendlichen seien zu sehr orientiert an „Modeberufen“ oder an „Traumberufen“. Der Fragenkomplex zur Berufswahl, der in unserer Erhebung eingeschlossen war, kann solche Aussagen nicht bestätigen. Die qualitative Analyse des sehr umfangreichen Materials zeigt, daß für die meisten Jugendlichen weder die eigenen Zielsetzungen fehlen, also nur Zufallsantworten gegeben würden, noch eine unrealistische Fixierung auf nicht realisierbare Ziele überwiegt. Und daß die Jugendlichen sich über die Schwierigkeiten des Arbeitsmarkts nicht im klaren wären, sich daran erst einmal anpassen müßten, davon kann überhaupt keine Rede sein.

„Motive“ der Berufswahl sind in der Untersuchung umfangreich erhoben worden, aber sie verlangen noch nach vertiefter Analyse. Vielleicht sind Motive, die vor der Entschei-

dung geäußert werden, etwas ganz anderes als Motive nach der Entscheidung. Wir stießen auf etliche Begründungen für zunächst als nicht besonders erwünscht geltende Berufe des Typs „es macht mir Spaß“. Vielleicht muß man dies geradezu in einer solchen Situation sagen, um sich nicht als hilfloses Opfer der Umstände darzustellen. Und umgekehrt muß ein Schüler vielleicht die Arbeitsmarktchancen einer bestimmten Ausbildung nennen, um zu zeigen, wieviel er über den Beruf weiß, und daß er eben ein generell vernünftiger Mensch ist?

Allerdings ist es verfehlt, kurzerhand von „Berufswahl“ zu sprechen. Wir bezweifeln nicht nur wie schon früher, daß dies wirklich eine „freie Wahl“ ist, sondern wir bezweifeln auch, daß hier vor allem und ausdrücklich „Berufe“ gewählt werden; die Wahl eines „Berufs“ ist zu sehr die Perspektive eines Akademikers. Nur ein Teil unserer Befragten wählt einen „Beruf“; andere wählen vor allem einen Arbeitgeber (typischerweise einen Großkonzern in der Region, bei dem auch andere Familienmitglieder beschäftigt sind), wieder andere „wählen“ die Gegebenheiten ihrer Arbeitsmarktre-gion usw. (hier gibt es ja nur . . .). Natürlich antworten sie alle mit einem „Beruf“, wenn man sie nach einem „Beruf“ fragt, aber die Wahl dieses Berufs ist oft nur die Folgerung aus einer nur schlecht ermittelten (und ermittelbaren) Vor-entscheidung für das Bleiben in einer bestimmten Region oder für einen regionalen Großarbeitgeber (der Konzern X stellt zur Zeit Azubis für Y ein, deswegen wählt man den Beruf Y).

1962 wie 1983 wurden Lehrlinge und Berufstätige befragt, ob sie wieder denselben Beruf wählen würden, wenn sie noch einmal von vorn anfangen könnten. Bei den Lehrlingen hat sich der Anteil derjenigen, die wieder denselben Beruf wählen würden, um etwa 5% verringert, bei den Berufstätigen dagegen um 17%.⁴⁾ Die Begründungen haben sich jedoch erheblich verändert. Viel stärker als 1962 spielt die Begründung eine Rolle, daß eine Stelle in dem gewünschten Beruf nicht frei war.

Einige unserer Daten beleuchten viel diskutierte Aspekte des Lehrstellenmarktes. Viele Lehrstellenbewerber bewerben sich um mehr als nur eine Lehrstelle; dies gilt besonders bei Arbeitgebern, bei denen es formalisierte Auswahlverfahren mit Tests, Prüfungen usw. gibt. Da der Arbeitgeber als Großorganisation nicht auf der Stelle den Zuschlag geben kann wie der Handwerksmeister in der Nachbarschaft, ist es nur ein vernünftiges Verhalten des Bewerbers, sich nicht mit allzu großer Gewißheit auf den Erfolg dieser einen Bewerbung zu verlassen, sondern möglichst für weitere „Eisen im Feuer“ zu sorgen. Mehrfachbewerbungen sind auch ein Ausdruck der subjektiven Einschätzung der Arbeitsmarktlage; je schlechter die Marktsituation eingeschätzt wird, desto mehr Anstrengungen – wie Bewerbungen – werden unternommen, um doch einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Wir fragten die Lehrlinge nach der Zahl der Bewerbungen, die sie unternommen hätten, und die Mehrfachbewerber fragten wir danach, ob sie auch mehrere Angebote erhalten hätten. Die Antworten zeigen vor allem, daß die Arbeitsmarktlage die Jugendlichen in sehr unterschiedlichem Maße betrifft. Ca. ein Drittel der Lehrlinge (oder „Azubis“) mußte gar keine oder nur eine Bewerbung unternehmen, um ihre jetzige Lehrstelle zu finden. 18% schrieben mehr als 10, 10% sogar mehr als 20 Bewerbungen, um eine Lehrstelle zu finden.

Bei der beträchtlichen Anzahl von Mehrfachbewerbungen ist es nicht verwunderlich, daß manche Bewerber auch zwei

⁴⁾ Zu berücksichtigen ist, daß „berufstätig“ unter 16-18jährigen 1962 etwas anderes bedeutet als unter 16-18jährigen 1983. Damals sind es großenteils 18jährige mit abgeschlossener Berufsausbildung, heute dagegen überwiegend Ungelernte.

oder mehr Angebote für einen Ausbildungsplatz erhalten. Erstaunen macht die Anzahl: mehr als die Hälfte der Lehrlinge sagt, sie hätten mehr als ein Angebot gehabt!

Wenn Lehrstellenbewerber Angebote „horten“ bzw. „blockieren“, folgt hieraus natürlich eine Verschärfung wenn nicht der Lehrstellensituation, dann doch der Eindrücke von der Marktsituation: die Zahl derer, die kein Angebot erhalten haben, ist wesentlich größer als dies bei einer gegebenen Bewerberüberzahl sein müßte. Eine schon vorhandene panikartige Stimmung, die bei Eltern von Ausbildungsplatzsuchenden noch häufiger ist als bei diesen selbst, wird durch deren eigenes Such- und Bewerbungsverhalten verstärkt und übersteigert. Phänomene dieser Art („Panik“, „self fulfilling prophecy“) können eine ohnehin schlechte Lage psychologisch und real wesentlich verschärfen. Der „Wert“ der Arbeit wird für Jugendliche wohl auch darin erkennbar, wie sehr sie sich um Arbeitsplätze bemühen; es kann gar nicht davon die Rede sein, daß dieser Wert geringer geworden ist.

Die Rolle der Familie beim Suchen und Finden einer Lehrstelle bzw. eines Arbeitsplatzes ist vielfach erheblich. Welche Form sie annimmt, hängt selbstverständlich von der Art der gesuchten Ausbildungsstelle und den Ressourcen der Familie ab. Es gibt viele Hinweise darauf, daß Fürsprache der Eltern, Einflußnahme des Vaters im Bekanntenkreis usw. eine wichtige Rolle dabei spielen, für Kinder eine Lehrstelle zu finden. Dies dürfte insbesondere bei Kleinbetrieben gelten. Quantitative Befunde führen nur zu leicht in die Irre, wenn die Fragestellung unangemessen ist.

Die Lehrlinge wurden gefragt, ob noch ein naher Verwandter bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sei wie sie. Dies ist insgesamt bei 16,5% der Fall. Dies scheint wie ein Hinweis darauf, daß die Familie nicht so wichtig sei; diese Deutung wäre jedoch falsch. Die Beschäftigung bei einem Arbeitgeber, der auch nahe Verwandte beschäftigt, ist insbesondere einschlägig bei *großen* Betrieben und Organisationen. Von den Lehrlingen, die in einem Betrieb mit mehr als 500 Beschäftigten tätig sind, geben immerhin 38% an, ein naher Verwandter von ihnen sei beim selben Arbeitgeber tätig. Auch für die Beschäftigung bei Großorganisationen der Arbeitswelt ist also die Familie keineswegs unwichtig. Aus internen Diskussionen solcher Großorganisationen ist bekannt, daß es vielfach so etwas wie „Werkskinderquoten“ gibt; diese Hinweise finden hier ihre Bestätigung.

Sicher nennen nicht alle Auszubildenden die Hilfe der Familie beim Finden ihres Ausbildungsplatzes; manche verweisen dafür auf die Hilfe, die andere erfahren. Ein Nachrichtentechnischer Gerätemechaniker begründete in einer Gruppendiskussion seine Berufswahl so: eigentlich habe er Zahn-techniker werden wollen, aber die Lehrstellen in den zahn-technischen Labors seien alle für Söhne von Zahnärzten reserviert, die den Numerus clausus nicht schafften.

Eine Ausbildungsstelle zu finden, ist nicht die einzige Hürde auf dem Weg in den Beruf; anschließend kommt die Frage der Übernahme durch den Arbeitgeber. Wir fragten die Auszubildenden 1983 (nicht aber 1962), wie sie die Aussichten beurteilten, nach Beendigung der Lehre übernommen zu werden. Die Angst, nicht übernommen zu werden, ist erheblich, wie sich aus der Nachbefragung im Herbst 1983 ergibt; die Tatsache der Übernahme, oder „nicht entlassen“

⁵⁾ „Großbetriebe“ bedeutet Betriebe, die nach Angaben der Befragten mehr als 500 Arbeitnehmer haben.

⁶⁾ Die Korrelation zwischen Einschätzung der Übernahme und Firmengröße ist insgesamt $-0,1$, nur für weibliche Lehrlinge jedoch $-0,25$ (Gamma).

zu werden, wird vielfach von den Lehrlingen, deren Lehrvertrag auslief, als besonderes Ereignis des vorausgegangenen Halbjahres genannt.

Hier zeigen sich bemerkenswerte Geschlechtsunterschiede: Die weiblichen Befragten erwarten zu einem etwas geringeren Teil, von ihrem Arbeitgeber nach Beendigung der Lehre übernommen zu werden. (8% Differenz). Leider fehlt diese Frage in der Untersuchung 1962. Hier scheint ein wichtiger Hinweis auf die wirklichen Tendenzen einer „Emanzipation im Beruf“ vorzuliegen. In den 20 Jahren zwischen den Untersuchungszeitpunkten ist es auch für Mädchen selbstverständlich geworden, einen Beruf zu erlernen. Die Berufe, die Mädchen heute jedoch erlernen, sind zu einem höheren Anteil solche „Berufe“, bei denen die Berufsausbildung nicht zu einigermaßen sicheren beruflichen Positionen führt. Die folgende Analyse der Frage nach den Aussichten, nach Beendigung der Lehre übernommen zu werden, zeigt dies.

Die Chance, nach der Ausbildung übernommen zu werden, hängt nicht nur von der Betriebsgröße ab; sie ist für männliche und weibliche Auszubildende je nach Größe des Betriebs unterschiedlich hoch. In Kleinbetrieben (weniger als 10 Beschäftigte) rechnen männliche Jugendliche eher mit einer Anstellung nach der Lehre als weibliche Jugendliche. 57% aller männlichen, aber nur 41% der weiblichen Azubis, die in diesen Betrieben arbeiten, sind der Meinung, daß sie bestimmt oder wahrscheinlich nach der Ausbildung eine Stelle angeboten bekommen. In mittleren Firmen mit 10 bis unter 500 Angestellten sind die Aussichten auf Übernahme für männliche und weibliche Lehrlinge gleich. Knapp über die Hälfte jener Jugendlichen glaubt, nach Absolvierung der Lehre von der Firma übernommen zu werden. In Großbetrieben⁵⁾ besteht für weibliche Mitarbeiter eine höhere Wahrscheinlichkeit, nach der Ausbildung nicht entlassen zu werden. 71% der weiblichen, aber nur 48% der männlichen Lehrlinge rechnen mit ihrer Weiterbeschäftigung.⁶⁾ Ganz anders ist anscheinend die Situation in kleinen Betrieben (weniger als 10 Beschäftigte).

Während für Mädchen die Ausbildung in Großbetrieben eine Vorbereitung für einen antizipierten Beruf bedeutet, stellt ein Ausbildungsverhältnis bei einem Lehrherrn mit nur wenigen Beschäftigten mehr überbrückende Tätigkeit als Berufsvorbereitung dar. Der Lehrstellenmarkt für Mädchen erscheint als gespalten. Dabei gibt bereits die Betriebsgröße Hinweise auf diese Spaltung.

Gewerkschaftliche Betätigung und Berufszufriedenheit

Eine der Klagen über die heutige Jugend betrifft die angeblich bei ihr gegebene Arbeitnehmermentalität und auch Orientierungen, die gewerkschaftsbedingt seien. Die Realität ist hiervon recht verschieden.

Auf die Frage, ob sie sich einen Eintritt in die Gewerkschaft vorstellen könnten, geben Auszubildende je nach Größe des Betriebs (oder genauer: Anzahl der Beschäftigten im Betrieb), in dem sie arbeiten, unterschiedliche Antworten. So sind 46% der Lehrlinge, die in Betrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten angestellt sind, bereits Mitglied einer Gewerkschaft. In Firmen mit 50 bis unter 500 Mitarbeitern gibt es dagegen nur 10%, in Firmen mit weniger als 50 Angestellten sogar nur 2% Gewerkschaftsmitglieder unter den Lehrlingen. 56% der Auszubildenden aller Kleinbetriebe und 50% der Lehrlinge mittelgroßer Firmen können sich allerdings einen Gewerkschaftsbeitritt gut vorstellen oder halten ihn zumindest für denkbar. Aber über ein

Viertel (26%) der Lehrlinge in Betrieben mit weniger als 50 Angestellten und 24% der Lehrlinge in Firmen mit 50 bis unter 500 Mitarbeitern lehnen einen Eintritt in die Gewerkschaft ab. Unter den Auszubildenden in Großbetrieben wollen nur 10,5% nichts von einem Gewerkschaftsbeitritt wissen.⁷⁾ Je größer die Zahl der Beschäftigten in einem Betrieb, desto größer auch die Bereitschaft seiner Lehrlinge, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Das war in der Tendenz auch 1962 schon so, aber die Tendenz war damals nicht so ausgeprägt. Eine detaillierte Analyse, die alle verfügbaren Aspekte der Arbeitssituation einbezieht, ergibt keinerlei erkennbare Momente der Situation oder der Orientierung, die auch nur entfernt eine mit Betriebsgröße vergleichbare Wirkung auf Einstellungen zur Gewerkschaft zu haben scheint. Die Beitrittsbereitschaft oder Mitgliedschaft erscheint vor allem wohl als eine Funktion des gegebenen Organisationsgrads des Betriebs.

Arbeitslose Jugendliche

Die Untersuchung erlaubt Aussagen über arbeitslose Jugendliche.⁸⁾ Allerdings wurden aus guten Gründen die Angaben zu den Arbeitslosen nicht standardisiert. Aus verschiedenen methodischen Gründen verbietet sich eine quantitative Interpretation: Eine Untersuchung, die für Jugendliche insgesamt repräsentativ ist, muß nicht auch für die Teilgruppe „arbeitslose Jugendliche“ repräsentativ sein; es ist gut möglich, daß unsere Studie gerade diejenigen, die dem Arbeitsamt als „schwer vermittelbar“ gelten, in gewissem Umfang unterrepräsentiert. So bleibt manches an Unsicherheit.

Als gesichert kann der Befund der hohen Heterogenität der Gruppe der arbeitslosen Jugendlichen gelten; neben einigen auf längere Zeit arbeitslosen stehen solche, die vor allem

⁷⁾ Der Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Bereitschaft zum Gewerkschaftsbeitritt läßt sich mit der Maßzahl Gamma ausdrücken; sie beträgt 0,37.

⁸⁾ Unter den Befragten der Hauptstudie waren 48 Arbeitslose, in der postalischen Nachbefragung 77 Arbeitslose.

„warten“: auf Einberufung, Ausbildungsplatz usw. Sie sind „arbeitslos“, weil „wartend“ kein anerkannter Status ist.

Was wirklich geschah

Das Verständnis der Veränderungen im Verhältnis der Jugend zur Arbeit wird durch die verbreiteten Thesen zum Wertewandel nur wenig gefördert; diese Thesen sind kaum belegt, vielfach auch falsch – in jedem Fall lenken sie von den wesentlichen Veränderungen ab.

Die wichtigste Veränderung ist die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation, und in deren Folge eine dramatische Steigerung der Wahrnehmung der Gefahr der Arbeitslosigkeit, die sich in Teilgruppen der Jugend verstärkt bis hin zur Wahrnehmung völliger Aussichtslosigkeit. Eigene Anstrengung erscheint als sinnlos, wenn am Ende des vorhersehbaren Wegstücks gleichwohl die Arbeitslosigkeit als unvermeidlich aufscheint. Wichtiger als ein Rückgang der Arbeitslust dürfte die Unerreichbarkeit von Belohnungen der Arbeit sein.

Arbeit erscheint auch heute den weitaus meisten Jugendlichen als ein entscheidender Bestandteil des Lebens. Die Bildungsexpansion mag die Jugend tendenziell von der realen Arbeitswelt entfernt haben. Sie mag auch bewirkt haben, daß heute Schule einerseits als sinnloser, andererseits aber auch – wegen der neuartigen Bedeutung von Noten für den Übergang in den Arbeitsmarkt – als nachgerade zwanghafte Veranstaltung erlebt wird. Wenn man denn von einer „Sinnkrise“ reden will (mancher scheut davor allein wegen der inflationären Verwendung des Konzepts „Krise“ zurück), im Bildungswesen scheint dies am ehesten zuzutreffen.

Die „Wertewandel“-Diskussion trägt zur Klärung der tatsächlichen Prozesse im Verhältnis der Jugend zur Arbeit wenig bei. Sie ist auch viel zu pauschal; sie ignoriert die enormen Veränderungen zwischen Teilgruppen. Dazu gehören die Bildungsexpansion mit all ihren Wirkungen ebenso wie die Veränderungen der Unterschiede zwischen den Orientierungen der Geschlechter.